

COP 30 - UN-Klimakonferenz in Belém 2025

Als Anlage finden Sie die Resolution, die von den, im Ausschuss für Umwelt- und Gesundheitskrisen der Konferenz der INGOs des Europarates, beteiligten NROs als Beitrag zum derzeit in Belém (Brasilien) stattfindenden Gipfel verabschiedet wurde. Der Gipfel befasst sich mit Herausforderungen, die ohne gemeinsames Engagement nur schwer zu lösen sind.

inoffizielle Übersetzung



Ausschuss für inklusive Gebiete, Umwelt und Gesundheit

Comité Territoires inclusifs, environnement et santé

Empfehlung an die Verhandlungsführer der COP30

Eine gerechte, inklusive und auf Menschenrechten basierende Energiewende

Erstellt vom Ausschuss für inklusive Territorien, Umwelt und Gesundheit

anlässlich seiner Sonderveranstaltung zum Thema „[Zivilgesellschaft](#) ”

(Straßburg, 13. Oktober 2025)

Verabschiedet vom Ständigen Ausschuss der CINGO am 4. November 2025

Unter Hinweis darauf, dass der Kampf gegen den Klimawandel untrennbar mit Klimagerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte verbunden ist;

unter Verweis auf die Ziele der COP30 und die Verpflichtung der brasilianischen Regierung, angesichts der massiven Urbanisierung des Landes die städtische Gerechtigkeit zu einer tragenden Säule der Energie- und Klimawende zu machen

betont, dass das Streben nach CO2-Neutralität durch den Übergang zu erneuerbaren Energien, das angesichts des Klimanotstands unerlässlich ist, unter keinen Umständen

Ungleichheiten verschärfen oder neue Formen der Prekarität (Gesundheit, Wohnen, Beschäftigung, Ressourcen) schaffen darf;

In der Überzeugung, dass die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen Gefahr laufen, die ersten Opfer einer schlecht vorbereiteten oder ohne Konsultation durchgeführten Wende zu werden;

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, das kollektive und partizipative Handeln der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu unterstützen;

Die internationalen Nichtregierungsorganisationen, die Mitglieder der Konferenz der internationalen Nichtregierungsorganisationen des Europarates sind, stützen sich auf:

- *der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), insbesondere Artikel 1 (Gleichheit in Würde und Rechten), Artikel 3 (Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person), Artikel 22 (Recht auf soziale Sicherheit und Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte) und Artikel 25 (Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich Nahrung, Wohnung und medizinischer Versorgung);*
- *den Grundsätzen des Übereinkommens von Aarhus, die Transparenz (Art. 4), Beteiligung der Öffentlichkeit (Art. 6) und Zugang zu Gerichten (Art. 9) für demokratische und gerechte Umweltentscheidungen vorschreiben;*
- *Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), insbesondere das Urteil KlimaSeniorinnen gegen die Schweiz (2024), das sich auf Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren) und Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) der Europäischen Menschenrechtskonvention stützt;*
- *Die Europäische Sozialcharta, die zu einem besseren Umweltschutz durch Gesetze und zum Schutz des Rechts auf Gesundheit, Wohnen und sichere Arbeitsbedingungen beiträgt: Art. 1 (Recht auf Arbeit), Artikel 10 (Recht auf Berufsberatung), Artikel 11 (Schutz der Gesundheit vor Umweltverschmutzung);*
- *Die Verpflichtungen des Pariser Abkommens, die die Bedeutung der Menschenrechte für den Klimaschutz anerkennen (Präambel, Absatz 11);*
- ***Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Agenda 2030, insbesondere SDG 10 (Verringerung von Ungleichheiten) und SDG 13 (Klimaschutz);***
- *Die Verpflichtung der Staaten, gefährdete Bevölkerungsgruppen vor Klimaschäden zu schützen, wie sie in der internationalen Rechtsprechung und in regionalen Menschenrechtsinstrumenten anerkannt ist;*

Fordern die Vertragsparteien der COP30 und alle engagierten Interessengruppen auf, bei allen Verhandlungen die folgenden Grundsätze zu beachten:

I. Die Integration der Menschenrechte, darunter das Recht auf Leben, Gesundheit und eine sichere und gesunde Umwelt

II. Stärkung der Transparenz sowie der Bewertung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen

- Die Veröffentlichung ehrlicher und öffentlicher Dashboards, in denen die zugewiesenen Mittel und Ergebnisse nach Gebiet und sozialer Gruppe aufgeführt sind, um eine Überwachung durch die Bürger und eine wirksame Rechenschaftspflicht zu ermöglichen.
- Obligatorische Bewertung aller systemischen und übergreifenden Auswirkungen jeder Energieumwandelungs politik und jedes Energieumwandlungsprojekts auf den tatsächlichen Zugang zu Energie und die Lebensqualität unter Verwendung integrierter, messbarer und öffentlicher Kriterien.

III. Gewährleistung einer wirksamen Beteiligung und Zustimmung der lokalen Gemeinschaften

- **Verlangen Sie die Einbeziehung aller in eine schrittweise Energiewende**, von der Politikentwicklung bis zur Konzeption und Überwachung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien, indem Sie die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) gemäß internationalen Standards gewährleisten.
- **Unterstützung der Entwicklung von Hubs, Bürgerenergiegemeinschaften und offenen lokalen öffentlichen Dienstleistungen**, um die Akzeptanz der Bewohner zu stärken und eine kollektive und nachhaltige Projektverantwortung zu fördern.

IV. Gewährleistung von sozialer Sicherheit und gerechter beruflicher Anpassung

- **Priorisierung**
 - den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Dazu gehören Haushalte mit niedrigem Einkommen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, indigene Völker, Bewohner abgelegener ländlicher Gebiete und dicht besiedelter städtischer Gebiete.
 - die am stärksten exponierten Sektoren: Landwirtschaft, Verkehr, Schwerindustrie, von fossilen Brennstoffen abhängige Gebiete.
- Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Energie, Maximierung des sozialen Nutzens und Vereinfachung des Zugangs zu Finanzmitteln. Energie-/Verkehrsarmutsbekämpfung

- **Sozialschutz garantieren und frühzeitige Unterstützung und Umschulung** für Arbeitnehmer in der fossilen Brennstoffindustrie und betroffenen Sektoren bereitstellen, einschließlich Umschulung für vergleichbare oder qualitativ bessere Beschäftigungsverhältnisse.

V. Entwicklung technologischer Anpassungsfähigkeit im Dienste der sozialen Gerechtigkeit, um Folgendes zu gewährleisten:

- *Strategische Flexibilität: Integration der kostengünstigsten und zuverlässigsten Technologien, um Kostenausgewogenheit zu erreichen und den universellen Zugang zu dekarbonisierter Energie zu gewährleisten, wodurch das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 25 UDHR) geschützt wird.*
- *Regelmäßige Neubewertung: Nutzung der regelmäßigen Neubewertung nationaler Strategien als Instrument zur raschen Korrektur unvorhergesehener negativer sozialer Auswirkungen (Ungleichheiten, Prekarität) auf der Grundlage von Transparenz (soziale Dashboards) und Beteiligung der Gemeinschaft.*
- *Digitale und soziale Inklusion: Sicherstellung, dass technologische Entscheidungen keine digitale oder soziale Kluft schaffen, indem dezentrale Lösungen für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen und abgelegene Gebiete priorisiert werden, sofern dies keine gravierenden Auswirkungen auf die Kosten oder die Zuverlässigkeit hat.*

VI. Aufruf zum Handeln: Ein „Mutirão“ für einen gerechten und solidarischen Übergang

- *Förderung von Strukturprojekten, die auf der effektiven und aufrichtigen Beteiligung aller betroffenen Interessengruppen basieren, wobei Initiativen mit hoher sozialer und ökologischer Wirkung Vorrang eingeräumt wird.*
- **Lokale Maßnahmen in den Mittelpunkt der Lösungen stellen**, indem bekräftigt wird, dass die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und der SDGs vom Standort der Initiativen abhängt.
- *Entwicklung lokaler Energiezentren und -gemeinschaften, die einen gerechten Zugang zu Energie ermöglichen, den sozialen Nutzen maximieren und den Zugang zu Finanzmitteln vereinfachen.*
- *Förderung lokaler freiwilliger Verpflichtungen, die in die national festgelegten Beiträge (NDCs) und nationalen Klimapläne integriert sind und klare und verbindliche Indikatoren für soziale Gerechtigkeit enthalten.*

Wir sind davon überzeugt, dass Klimagerechtigkeit ein Grundrecht ist. Wir glauben, dass **die Energiewende und Nachhaltigkeit ohne einen neuen Sozialvertrag**, der auf Vertrauen und einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Regierungen, der Forschungsgemeinschaft und allen Interessengruppen basiert, nicht erreicht werden können.

Soziale Gerechtigkeit und die Einbeziehung schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen müssen absolute Priorität haben. Die Energiewende wird nur dann wirksam und gesetzeskonform sein, wenn sie gerecht und wirklich partizipativ ist, auf Transparenz und Vertrauen basiert und die Würde aller Menschen gewährleistet, insbesondere im Hinblick auf das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (UDHR Art. 25) und das Recht auf eine gesunde Umwelt.

Es ist unerlässlich, eine Überarbeitung **der nationalen Strategien** zu fordern, um die **kostengünstigsten, zuverlässigsten und robustesten neuen Technologien** systematisch auf allen Entscheidungsebenen zu integrieren. Dies ist die Voraussetzung für die Verwirklichung von Klimagerechtigkeit und den universellen Zugang zu dekarbonisierter Energie, wobei kostspielige oder minderwertige Lösungen für gefährdete Bevölkerungsgruppen vermieden werden müssen.

Original



Committee Inclusive Territories, Environment and Health

Comité Territoires inclusifs, environnement et santé

Recommendation to the COP30 Negotiators

A Just, Inclusive, and Human-Rights-based energy transition

Prepared by the Committee on Inclusive Territories, Environment and Health

on the occasion of its special event on "[Climate justice and civil society](#)"

(Strasbourg, 13 October 2025)

Endorsed by CINGO's Standing Committee on 4 November 2025

Recalling that the fight against climate change is inseparable from climate justice and the respect for human rights;

Referring to the objectives of COP30, and the Brazilian government's commitment to make urban justice a key pillar of the energy and climate transition in the face of the country's massive urbanization

Stressing that the pursuit of carbon neutrality through the transition to renewable energies, essential in the face of the climate emergency, must under no circumstances exacerbate inequalities or create new forms of precarity (health, housing, employment, resources);

Convinced that the most vulnerable populations risk being the first victims of a transition that is poorly anticipated or imposed without consultation;

Highlighting the need to support the collective and participatory action of local and regional authorities;

The international NGOs members of the Conference of INGOs of the Council of Europe, relying on:

- The **Universal Declaration of Human Rights** (UDHR), notably its Article 1 (equality in dignity and rights), Article 3 (right to life, liberty, and security of person), Article 22 (right to social security and the realization of economic, social, and cultural rights), and Article 25 (right to an adequate standard of living, including food, housing, and medical care);
- **The principles of the Aarhus Convention**, which require transparency (Art. 4), public participation (Art. 6), and access to justice (Art. 9) for democratic and equitable environmental decisions;
- The jurisprudence of the European Court of Human Rights (ECtHR), particularly the *KlimaSeniorinnen v. Switzerland* judgment (2024), based on Articles 6 (right to a fair trial) and 8 (right to respect for private and family life) of the European Convention on Human Rights;
- The European Social Charter, which contributes to better environmental protection through law, and the protection of the right to health, housing, and safe working conditions: Art. 1 (Right to work), Article 10 (Right to vocational guidance), Article 11 (Protection of health against pollution);
- The Paris Agreement commitments, which recognize the importance of human rights in climate action (Preamble, paragraph 11);
- The Sustainable Development Goals (SDGs) of the 2030 Agenda, particularly SDG 10 (reduced inequalities) and SDG 13 (climate action);
- **The States' obligation to protect vulnerable populations** against climate harm, as recognised by international jurisprudence and regional human rights instruments;

Call upon the parties to COP30 and all committed stakeholders to uphold the following principles in all negotiations:

I. The integration of Human Rights, among which are the right to life, to health, and to a safe and healthy environment

II. Strengthening transparency as well as social, economic and environmental impact assessment

- **The publication of honest and public dashboards**, detailing allocated funds and results by territory and social group, to allow for citizen monitoring and effective accountability.
- **Mandatory evaluation of all systemic and cross-cutting impacts.** of every energy transition policy and project on real access to energy, and quality of life, using integrated measurable and public criteria.

III. Guaranteeing effective participation and consent of local communities

- **Require the involvement of all in a gradual energy transition**, from policy development to the design and monitoring of renewable energy projects, by guaranteeing Free, Prior, and Informed Consent (FPIC), in accordance with international standards.
- **Support the development of hubs, citizen energy communities, and open local public services** to strengthen residents' buy-in and promote collective and sustainable project ownership.

IV. Ensuring Social Protection and Equitable Professional Adaptation

- **Prioritise**
 - the most vulnerable populations. This includes low-income households, the elderly, persons with disabilities, Indigenous Peoples, inhabitants of isolated rural areas, and dense urban areas.
 - the most exposed sectors: agriculture, transport, heavy industries, territories dependent on fossil fuels.
- Ensure equitable access to energy, maximize social benefits, and simplify access to funding. energy/transport poverty alleviation
- **Guarantee social protection and provide early support and re-skilling** for workers in fossil fuel industries and impacted sectors, including re-skilling for comparable or improved quality employment.

V. Developing technological adaptability to serve social equity to ensure:

- **Strategic flexibility:** Integrating the most affordable and reliable technologies to achieve cost equity and guarantee universal access to decarbonized energy, thereby protecting the right to an adequate standard of living (Art. 25 UDHR).
- **Periodic reassessment:** Utilizing the periodic reassessment of national strategies as a tool to swiftly correct any unforeseen negative social impacts (inequalities, precariousness), based on transparency (social dashboards) and community participation.
- **Digital and social inclusion:** Ensuring that technological choices do not create digital or social divides, by prioritizing decentralized solutions for vulnerable populations and isolated areas provided this does not severely affect costs or reliability.

VI. Call to Action: A "Mutirão" for a just and solidarity-based transition

- **Stimulate structuring projects** built on the effective and sincere participation of all concerned stakeholders, prioritizing initiatives with high social and environmental impact.
- **Put local action at the heart of solutions** by affirming that the implementation of climate measures and the SDGs depends on the location of initiatives.
- **Develop local energy hubs and communities** that enable equitable access to energy, maximize social benefits, and simplify access to financing.
- **Promote local voluntary commitments**, integrated into the Nationally Determined Contributions (NDCs) and national climate plans, with clear and binding social justice indicators.

Our conviction is that climate justice is a fundamental right. We believe that energy transition and sustainability cannot be achieved without a new social contract, built on trust and effective collaboration between governments, the research community and all stakeholders.

Social equity and the inclusion of vulnerable populations must be an absolute priority. The energy transition will only be effective and compliant with the law if it is just, truly participatory, founded on transparency and trust, and ensures dignity for all, particularly with regard to the right to an adequate standard of living (UDHR Art. 25) and the right to a healthy environment.

It is imperative to demand that **national strategies** are revised to systematically integrate the most affordable, reliable, and robust new technologies at all decision making levels.. This is the prerequisite for achieving climate justice and universal access to decarbonized energy, avoiding costly or substandard solutions for vulnerable populations.

